



### Tagesfahrt nach Heidelberg

Am Freitag, den 8. März möchte ich mit Ihnen einen Ausflug nach Heidelberg machen. Wir fahren um 14 Uhr am Darmstädter Hauptbahnhof los.

Nach einem Spaziergang durch die Heidelberger Altstadt besichtigen wir das Dokumentation- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Beim Abendessen treffen wir den Bundestagsabgeordneten Lothar Binding und haben ein wenig Zeit zum Plaudern. Danach besuchen wir die Friedrich Ebert Gedenkstätte. Dort werde ich im Rahmen einer Veranstaltung zum internationalen Frauentag einen Vortrag halten: „Vom Blaustrumpf zur Ministerin - 150 Jahre Frauen in der SPD“. Die gemeinsame Rückfahrt ist für 21 Uhr geplant.

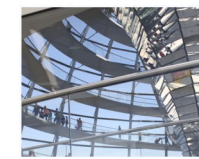
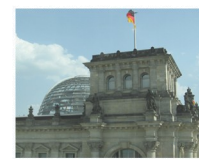
Der Kostenbeitrag für die Busfahrt beträgt 9 Euro. Genauer Ablauf und Infos zur Anmeldung [hier](#).

Ich freue mich, wenn Sie dabei sind!

# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

26. Februar 2013

Liebe Leserin, lieber Leser,

die SPD steht für ein modernes und offenes Land, in dem jeder Mensch gleiche Rechte genießt, niemand durch Gesetze diskriminiert wird und Gleichstellung mehr als nur ein schönes Wort ist. Wir wollen eine starke Demokratie, in der für Hass und Verachtung von Minderheiten kein Platz ist.

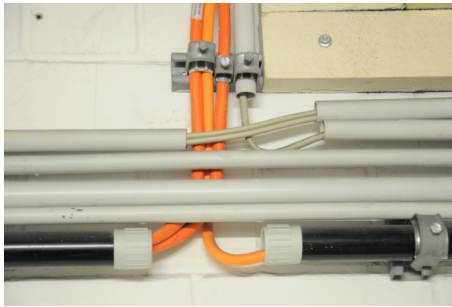
Deshalb haben wir uns auch schon lange für die volle rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare eingesetzt. In unserer Regierungszeit sind wir an der CDU im Bundesrat gescheitert, jetzt in der Opposition an der Regierungsmehrheit. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach auf juristischem Wege das nachgeholt, was politisch durch die CDU verhindert wurde. So war es auch letzte Woche, als die Entscheidung zur Zu-Adoption von Kindern gleichgeschlechtlicher Lebenspartner aus Karlsruhe kam. Wieder muss die Regierung nacharbeiten und streut dabei gleich das Gerücht, dass sie jetzt für die Gleichstellung eintreten will. Um den Wahrheitsgehalt dieses Gerüchts zu testen, werden wir den Gesetzentwurf zur steuerlichen Gleichstellung erneut im Parlament zur Abstimmung stellen- und dann schauen wir mal...

Ankündigen und Gerüchte streuen ist kein Ersatz für seriöse Politik. Wie oft haben wir schon gehört, Schwarz-Gelb wolle eine „Lohnuntergrenze“ einführen. Einen konkreten Regierungsvorschlag für einen gesetzlichen Mindestlohn aber hat das Parlament bis heute nicht gesehen. Auch hier werden wir eine Initiative für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zur Abstimmung stellen.

Dieselbe schwarz-gelbe Hängepartie beim Verbot der NPD. Die SPD fordert den Verbotsantrag seit Jahren. Monatelang ist Merkel der Entscheidung ausgewichen, ob die Bundesregierung einen Verbotsantrag stellt. Gestern gab es nun Meldungen aus anonymen Quellen, das Kabinett solle einen solchen Antrag beschließen. Ich finde, die Regierung muss unmissverständlich erklären, ob sie ein Verbot der Neonazi-Partei will oder nicht.

Herzliche Grüße aus dem trüben Berlin

*Euse / Ihre Brigitta Zypries*



### Blind zurechtfinden im Internet!

Sich im Internet zurecht zu finden ist - auch für erfahrene Benutzer - nicht immer einfach. Älteren Einsteigern hilft die rund 100 Seiten umfassende **Broschüre „Wegweiser durch die digitale Welt für ältere Bürgerinnen und Bürger“** der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO).

Im August vergangenen Jahres erschien die leicht verständliche Broschüre bereits in der sechsten Auflage.

Mit Unterstützung des Bundesverbraucherministeriums konnte die BAGSO die Informationen in Kooperation mit dem Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) und der Deutschen Blindenstudienanstalt (blista) **nun auch für blinde und sehbehinderte Menschen als Hörfassung** aufbereiten.

Sie kann seit Anfang Februar **kostenlos als Audio-CD** bei der BAGSO bestellt **oder im MP3-Format** auf der folgenden Internetseite heruntergeladen werden. **Adressen und download [hier](#).**

### Wir müssen den Verbrauch senken – Stromspartipps für Haushalte

Die Energiewende kostet Geld. Das ist nichts Neues – und übrigens auch kein Argument gegen sie. Denn wir brauchen die Energiewende, um von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden und den Klimawandel in den Griff zu kriegen.

**Wir könnten damit heute schon sehr viel weiter sein, wenn die Regierung den Umbau des Energiesystems nicht jahrelang ausgebremst hätte:** Die pro-Atomkraft-Politik hat den Ausbau erneuerbarer Energien gebremst. Unternehmen konnten sich nicht auf die neue Situation einstellen, weil die Zeitachse fehlte. Auch der Netzausbau und der Ausbau von Batterien könnten heute viel weiter sein, wäre nicht der Atomausstieg ausgebremst worden. Und das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist in dieser Legislaturperiode schon dreimal reformiert worden. Dabei wurde leider nichts verbessert und obendrein ist – verständlicherweise – der Markt mittlerweile völlig verunsichert. Planungssicherheit gibt es weder für Verbraucher noch für Unternehmen – ob sie nun aus der konventionellen Industrie oder aus der Erneuerbare-Energie-Branche kommen.

Aber auch wenn wir all das außer Acht lassen, bleibt eine Tatsache offensichtlich: **Wenn wir wollen, das Strom bezahlbar bleibt, müssen wir seinen Verbrauch in den Griff bekommen.**

Das Öko-Institut hat **Tipps zusammengestellt, wie Privathaushalte im Jahr bis zu 250 Euro Stromkosten sparen können:**

Mehr als 100 Euro lassen sich im Jahr sparen, wenn man einmal in abschaltbare Mehrfachstecker investiert. Denn der **Standby-Betrieb** der Elektrogeräte macht mit 500 Kilowattstunden einen großen Anteil des Stromverbrauchs aus. Glühbirnen sind auch Stromfresser: Wenn Sie fünf herkömmliche Birnen durch **Energiespar- oder LED-Birnen** ersetzen, sparen Sie etwa 65 Euro im Jahr. Die Anschaffungskosten für die Birnen sind in dieser Rechnung schon enthalten. 97 Euro weniger zahlt, wer beim Duschen eine **Wassersparbrause** einsetzt – da lohnt sich der Anschaffungspreis von 25 Euro.

Ein anderes Beispiel ist der 32-Zoll-Fernseher: Ein altes TV-Gerät verbraucht bis zu 235 kWh Strom pro Jahr, ein Gerät der Klasse A+++ 21 kWh. Damit gibt es bei einem kWh-Preis von 28 Cent ein Verhältnis von 65,80 zu 5,90 Euro. In zehn Jahren kommen so fast 600 Euro Differenz zusammen.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zyprides@bundestag.de](mailto:brigitte.zyprides@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Fotos:  
S. 2: Roman Laas  
S. 3: privat*

Das gleiche zeigt sich bei Waschmaschinen und Kühlschränken: Eine Waschmaschine mit einem Fassungsvermögen von sieben Kilo der Energieklasse D braucht 369 kWh, ein Gerät der besten Effizienzklasse nur 175 kWh. Der Unterschied im Jahr liegt hier bei 54 Euro.

Kühlschränke mit einem Volumen von 200 Litern verbrauchen zwischen 320 und 64 kWh. Die jährlichen Kosten variieren also zwischen 90 und 18 Euro. Auf zehn Jahre beträgt der Unterschied zwischen ihnen rund 720 Euro.

Noch mehr **effektive Stromspartipps** und einen **Wettbewerb, an dem jeder Haushalt teilnehmen kann**, gibt es auf dieser Internetseite: <http://www.ecotopten.de/1000euro-stromsparen.php>

### Aktuelles aus dem Bundesrat

Heute Abend tritt der Vermittlungsausschuss zusammen. Dieses gemeinsame Gremium von Bundestag und Bundesrat vermittelt immer dann, wenn der Bundesrat einem im Bundestag beschlossenen Gesetz nicht zustimmt. Er versucht, einen Kompromiss zu finden, dem beide Seiten zustimmen können. So auch heute.

**Das „Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens“ steht gleich als erstes auf der Tagesordnung.** Um dieses Gesetz hat es viel Streit gegeben. Nach dem im Juni 2012 im Bundestag verabschiedeten Gesetz hätten Meldeämter Namen und Adressen für Werbung oder Adresshandel weitergeben dürfen – ohne die Einwilligung der Bürger dazu einzuholen. Die Betroffenen hätten der Nutzung ihrer Daten zu diesen Zwecken aktiv widersprechen müssen. Wir haben dem Gesetzentwurf natürlich nicht zugestimmt. Weil die Mehrheitsverhältnisse aber so sind, wie sie sind, haben wir die Abstimmung im Bundestag verloren. Es gelang dann aber, das Gesetz im Bundesrat zu stoppen, und der Kompromiss, über den der Vermittlungsausschuss heute verhandelt, ist gelungen:

**Es soll beschlossen werden, dass Daten nur dann zu Werbezwecken weitergegeben werden dürfen, wenn die Betroffenen bei der Meldebehörde ihre generelle Zustimmung erklärt haben. Haben sie das nicht getan, so muss das Unternehmen, das die Daten nutzen möchte, die Einwilligung des Betroffenen selbst einholen.** Die Meldeämter sollen stichprobenartig prüfen, ob den Unternehmen tatsächlich Einwilligungserklärungen vorliegen. Bei Verstößen soll es ein Bußgeld geben.